

Bernd Senf:
 Der Nebel um das Geld.
 Zinsproblematik – Währungssysteme
 – Wirtschaftskrisen.
 Ein Aufklärungsbuch,
 Gauke Verlag Lütjenburg 1996,
 254 S. (29,80 DM)

Mit der vorliegenden Publikation gelangte ein Buch auf den Markt, das eine zwiespältige Aufnahme verdient: Es ist eigentlich kein Fachbuch, denn es hat keinen Bezug zur aktuellen wirtschafts- und sozialwissenschaftlichen Diskussion. Trotzdem behandelt es mit den Themen Geld, Zins, Währung usw. theoretisch wie praktisch gleichermaßen bedeutsame Fragen und bedient sich dabei einer wissenschaftlichen Sprache. Das Buch folgt keiner der bekannten Theorien, und doch lebt es von theoretischen Anleihen bei Smith, Marx, Marshall, Keynes, Gesell u.a. Es veranschaulicht sehr klar und eingängig komplizierte volkswirtschaftliche Zusammenhänge und erfüllt damit seinen Anspruch als »Aufklärungsbuch«. Zugleich verdunkelt es aber auch einiges durch Simplifizierung und Klischees, vor allem aber durch den Glauben des Autors, daß der Zins das »Krebsgeschwür« der Zivilisation sei und die Hortung von Geld die Ursache aller Krisen. Dem selbst gesteckten Ziel, »den Nebel um das Geld, der sich bislang so weitreichend über die Gesellschaft ausgebreitet hat, ...zu lichten« (S. 248), wird das Buch dadurch nur bedingt gerecht. Der Vorwurf, daß andere Geld- und Währungsfragen »zu einer Sache des Glaubens, nicht des Verstehens« (S. 10) machen, schlägt gewissermaßen auf den Autor zurück. Denn die Verteufelung des Zinses und des Geldhortens ist, zumindest für die heutige Zeit, rational nicht begründbar. Die unkonventionell und sehr überzeugend vorgetragenen Überlegungen zur Funktionsweise des Goldstandards, der Goldkernwährung, des Bretton-Woods-Systems und des EWS kontrastieren mit den »tieferen« Erklärungen des Autors, die in ihrem Kern antiquiert sind bzw. phänomenalistisch oder gar spiritualistisch.

Senfs Geldauffassung folgt zunächst der Konventionstheorie: Die Menschen haben

sich »etwas einfallen lassen, was den Tausch vereinfacht: ein allgemeines Tauschmittel« (S. 18). Dann erklärt er, ganz im Sinne des orthodoxen Tauschparadigmas, die Vorzüge des geldvermittelten Tausches gegenüber einem Naturaltausch. Originell ist hier nur die »tieferere« Begründung der besonderen Eignung des Goldes als allgemeines Äquivalent, die er aus dem früheren »Wissen um die Lebensenergie und um die heilenden und spirituellen Qualitäten von Edelmetallen« (S. 23) herleitet. Daran an schließt sich ein Kapitel über die Wertbestimmung des Goldes (»Ist es der Arbeitswert?« oder »ist es die Knappheit?«). Und schon sind wir bei der »Goldillusion«, als der vermeintlichen Ursache für das Nichterkennen der wahren Gründe für die verheerenden Inflations- und Deflationskrisen der zwanziger Jahre. »Es gab damals nur eine Richtung, die die geld- und währungspolitischen Zusammenhänge klar gesehen hat, aber sich weder links noch rechts noch in der politischen Mitte wirksam Gehör verschaffen konnte... Gemeint ist die sogenannte »Freiwirtschaftliche Bewegung«, deren theoretische Grundlagen von Silvio Gesell gelegt wurden« (S. 32). Silvio Gesell (1862-1930), der in der Sicht von Keynes »seltsame, zu Unrecht übersehene Prophet«, stand bei der Abfassung der folgenden Kapitel Pate. An seiner Vision einer umlaufgesicherten Papierwährung sind die kritischen Abschnitte sowie die währungspolitischen Verbesserungsvorschläge Senfs ausgerichtet. Auf ihn geht auch die Ansicht zurück, daß der »fundamentale und verhängnisvolle Fehler« aller bisherigen Geld- und Währungssysteme in der »untrennbaren Verknüpfung von Geld und Zins« (S. 32) zu sehen sei. Nun ist hier nicht der Ort, sich mit den »Einfällen tiefer Einsicht« und mit den »großen Fehlern« (Keynes) der Theorie Gesells zu beschäftigen. Für diese Besprechung reicht es aus, zu zeigen, daß die unkritische Übertragung Gesellscher Ideen auf das heutige Geldsystem zu irrationalen, ja teilweise absurden Schlüssen führt und daß die Grundlagen dafür zum Teil, trotz zuerkannter Wissenschaftlichkeit des Gesamtwerks, schon bei Gesell liegen.

Dies beginnt bei der begrifflichen Fassung des Geldes: Senf argumentiert hier, gestützt auf Gesell und die klassisch/neoklassische

Theorie, durchweg tauschbezogen. Das Geld soll Tauschmittel sein, sonst nichts. Jedes Festhalten von Geld, jede Geldakkumulation erscheint als »Hortung« und bedeutet eine Unterbrechung, eine Störung des Kreislaufs, des Flusses, letztlich der wirtschaftlichen Entwicklung. Dies scheint plausibel, sofern die Prämissen vom Geld als Tauschmittel akzeptiert wird. Faßt man dagegen das Geld als Verkörperung von Liquidität auf, als Wertaufbewahrungsmittel oder als Reichtum etc., dann geht die obengenannte Argumentation schon ins Leere!

Weiter gilt es zu erkennen, daß für das Metallgeld, welches Gesell (1911 und 1916) vor Augen hatte, ganz andere Bedingungen galten als für das heutige, gänzlich vom Gold losgelöste Kreditgeld. So stellte die Hortung von (Metall-)Geld damals in bestimmtem Maße durchaus ein volkswirtschaftliches Problem dar. Heute jedoch ist es ein Scheinproblem ohne praktische Relevanz. Bezeichnenderweise war der schwedische Ökonom Knut Wicksell auch der letzte, der sich mit dieser Frage wissenschaftlich auseinandergesetzt hat – 1913/1922.

Unter Bedingungen, worin mehr als 90 Prozent des Geldes Giralgeld ist und in Form elektronischer Speichereinheiten existiert, macht es einfach keinen Sinn, von »Geldhortung« zu sprechen und eine »Enthortung« zu fordern. Ebenso wenig ist es plausibel, alles momentan nicht zirkulierende Geld als »überflüssiges Geld« (S. 82, 99, 118, 122) zu bezeichnen. Verkürzt man den betrachteten Zeitraum auf einen Zeitpunkt, so wäre nach dieser »Logik« alles Geld »überflüssig«! Der emphatisch vorgetragene »Konstruktionsfehler« des Geldes, als allgemeines Äquivalent ein »öffentliches Gut« und als Wertaufbewahrungsmittel Gegenstand privaten Interesses zu sein (S. 39), erweist sich bei näherem Hinsehen als nichts anderes als die Simplifizierung des Marxschen Gedankens, wonach im Geld der der kapitalistischen Produktionsweise immanente Widerspruch zwischen der Gesellschaftlichkeit der Produktion und der privaten Form der Aneignung in dinglicher Form und mystifiziert zum Ausdruck kommt. Der Feststellung, daß diese Wesensbestimmung des Geldes durch die instrumentalistische Geldauffassung der bürgerlichen Geldtheorie

»total verdrängt« (S. 40) wurde, ist allerdings zuzustimmen.

Auf Seite 42 wird der Zins eingeführt als eine »seit Jahrtausenden bestehende Selbstverständlichkeit«. Die »tiefere Ursache« dafür wird in der »Überlegenheit« des Geldes gegenüber anderen Waren gesehen. Was darunter letztlich zu verstehen ist, bleibt im dunkeln. Daß andere Wissenschaftler hierfür inzwischen ganz andere Erklärungen gefunden haben, wird in einer Fußnote wage angedeutet, ohne jedoch inhaltlich darauf einzugehen. Da der sogenannte Naturalzins das Denkmuster sprengen würde, wird er vorsichtshalber gar nicht erwähnt. So läßt sich die Behauptung lancieren, daß »die Wirtschaft« von Anfang an, »seit Jahrtausenden«(!!), vom Geld abhängt, das heißt von denen, die das Geld besitzen. Und zwar, weil sie es dem Wirtschaftskreislauf entzogen haben und es nun zurückhalten, um von der Gesellschaft ein »Lösegeld« zu erpressen, den Zins. »Der Zins wirkt also wie ein Magnet auf das zurückgehaltene Geld. Ist er zu schwach, bleibt das Geld gehortet, und je stärker der Magnet wird, um so mehr zieht er das bislang zurückgehaltene Geld auf den Kapitalmarkt und damit in den gesamtwirtschaftlichen Kreislauf zurück« (S. 44). Ist das nicht famos?! Auf der nächsten Seite findet sich das Ganze noch einmal, aber jetzt als Gedicht oder Lied: »Der Zins ist wie ein Lösegeld/Der Gesellschaft/An die Entführer des Geldes, Damit sie den Mißbrauch beenden/Und das Geld wieder freigeben« usw. usw., vier Strophen hindurch. – Theoretisch bemerkenswert ist an diesem Konzept, daß die Erklärungslogik des Zinses beim Geldbesitz bzw. Geldkapital, beim Kreditgeber also, ansetzt und nicht beim Kreditnehmer oder Geldborger. Grundlage für diese (einseitig verkehrte) Sicht ist wiederum die Verkürzung des Geldes auf seine Tauschmittelfunktion. Zugleich aber erklärt sich hieraus eine bestimmte soziale Stoßrichtung der Kritik: Schuld an den ökonomischen, ökologischen, sozialen Krisen, an der Krise der Staatsfinanzen und der Schuldenkrise der Dritten Welt ist nämlich allein eine einzige Spezies Mensch: die Sparer, die Geldvermögenseigentümer (Senf schreibt fälschlich »Besitzer«), die Rentiers. Früher waren es vor allem die Juden.

Die volkswirtschaftliche Bedeutung des Zinses sieht Senf in der Umlaufsicherung des Geldes. Aber der Zins erfüllt diese Aufgabe schlecht. Er scheint dafür ungeeignet und sollte deshalb durch ein geeigneteres Mittel ersetzt werden, eine »Umlaufsicherungsgebühr«, die auf »zurückgehaltenes Geld« erhoben wird und das Halten von Liquiditätsreserven unattraktiv macht. »Überflüssiges Geld« würde so auf den Kapitalmarkt gelenkt werden und der Wirtschaftskreislauf wäre geschlossen (S. 122). Dieses »Freigeld-Konzept«, zum ersten Mal 1932 in Wörgl (Österreich) mit positivem Effekt praktiziert, wird nun für das heutige Geld in Vorschlag gebracht, mit dem Ziel, Giro Guthaben und Bargeldbestände durch die Belastung mit einer Gebühr zu reduzieren und den Geldumlauf zu beschleunigen (S. 125). Die praktische Umsetzung eines solchen Konzepts wäre ohne weiteres denkbar, aber wozu? Theoretisch macht die ganze Konstruktion nur Sinn, wenn die Verkürzung des Geldbegriffs auf den Tauschmittelaspekt gilt und der Zins als Mittel der Umlaufsicherung gefaßt wird. Aber beides sind überholte bzw. unbegründete Annahmen. Und praktisch gibt es hier gar keinen Handlungsbedarf, denn das »Problem« ist längst auf ganz andere Weise gelöst, durch Fristentransformation und Kreditgeldschöpfung. Der Vorschlag geht also, ebenso wie die obengenannte Kritik, ins Leere!

Vermutlich weiß dies auch der Autor und versucht deshalb, alle möglichen zusätzlichen Erklärungen beizubringen. Diese aber weisen ihn nicht gerade als Kenner des Geld- und Bankgeschäfts aus und wären deshalb besser unterblieben. So die Ableitung der Banknote als »Papiergeld« (S.46), worin das Wesentliche, nämlich, daß sie aus dem Wechsel, einem Kreditfinanzierungsinstrument, hervorgeht und folglich Kreditgeld ist, übersehen wird. Ferner betrifft dies die Unterscheidung zwischen Sicht- und Spareinlagen (S. 164), die Ausführungen zu den Mindestreservesätzen, deren Regelung dem Autor »nicht sinnvoll« (S. 166) erscheint, seine Vorstellung, wonach die Banken »Überschußreserven als Kredite in Bargeld« (S. 167) ausleihen und Mindestreserven bar gehalten werden (vgl. S. 168) u.a.m. Ein Fauxpas nach dem anderen. Trotz seiner Abgrenzung von Helmut Creutz,

einem hoch angesehenen Freiwirtschaftler (vgl. S. 162), ist auch Senf nicht frei von der für viele »Gesellianer« typischen bargeldzentrierten Sicht auf das heutige Geldwesen. Dabei ist es doch so, daß bei einer Darstellung des Funktionsmechanismus des modernen Geldes eher vom Bargeld abstrahiert werden könnte als vom Kredit und Giralgeld. Das war zur Zeit Gesells noch anders, was es aber fragwürdig macht, die alten Ideen heute aufzuwärmen und mit ihrer Hilfe die Probleme der Gegenwart lösen zu wollen.

Ein tatsächliches Problem ist hingegen die wachsende Konzentration der Geldvermögen und die damit verbundenen Redistributionseffekte. Es stimmt auch, daß »nur wenige« vom Zins profitieren, »auf Kosten der großen Mehrheit« (S. 100). Die Bundesrepublik tendiert zu einer Rentiersgesellschaft mit einer immer »stärkeren Polarisierung« und »wachsenden sozialen Ungleichheiten« (S. 103). Aber dies ist primär kein monetäres Problem und auch nicht allein ein Problem des Zinses und des Zinseszinses. Vermögensrechnungen zeigen, daß die Ungleichverteilung der Produktiv- und Immobilienvermögen größer ist als die der Geldvermögen. Verläßt man die nebulöse Produktionsfaktorentheorie, dann erscheint als Quelle des Zinses nicht der Zins, und auch nicht das Geld, sondern die Produktion bzw. die Arbeit. Dies nicht zu sehen und statt des Kapitalverhältnisses den Zinssatz zum »sozialen Sprengsatz« zu erklären (S. 103), dies ist der Beitrag dieses »Aufklärungsbuches« zur Vernebelung der kapitalistischen Wirklichkeit. Der zweifellos existierende »Konflikt zwischen Geldkapital einerseits und der übrigen Gesellschaft andererseits« (S. 129), den Gesell wie auch Keynes aufdeckten, darf nicht zum Grundkonflikt der kapitalistischen Wirtschaftsordnung und Gesellschaft hochstilisiert werden. Sonst tritt an die Stelle des »Nebelschleiers um das Geld« (S. 12) etwas noch weitaus Schlimmeres, nämlich die »Idee fixe«, wonach der Geldzins das Nonplusultra zivilisatorischer Fehlentwicklung ist – und das seit mehr als 6000 Jahren!

An das theoretisch strittige und in vielerlei Hinsicht desorientierende Kapitel zum Zins schließt sich ein didaktisch und inhaltlich sehr gelungenes Kapitel zu den Währungssystemen nach 1945 an. Mit einer Ausnahme, und

die betrifft die DDR-Problematik und die Währungsunion von 1990. Wenn es stimmt, was Sprachwissenschaftler sagen (R. Reiher/R. Lärer, 1996), nämlich, daß die Verwendung des Epithetons »Ost« auf Abgrenzung und Diffamierung zielt, dann weiß man, was der Autor beabsichtigt, wenn er die DDR-Währung, die bekanntlich »Mark der DDR« hieß, konsequent mit »Ost-Mark« (S. 229) tituliert. Aber damit nicht genug: Er teilt auch den Kollektivirrtum des Jahres 1990, wonach die D-Mark den Ost-Deutschen »wie eine Sonne am düsteren Himmel« (S. 228) erschien. Der Umtauschsatz von 1,8 : 1 war in seinen Augen ein »Geschenk« (S. 230). Weitere »Geschenke« sieht er in Form von »Transfers« in den Osten fließen, obwohl die »Opferbereitschaft der westdeutschen Bevölkerung ... ihre Grenze erreicht hat« (S. 233). Aber kein Wort über den Vermögenstransfer von Ost nach West. Kein Wort über die Vorteile, die Westdeutsche aus der deutschen Vereinigung und der Währungsunion gezogen haben. Kein Nachdenken darüber, daß der Preisniveauanstieg in Ostdeutschland seit 1990 um ca. 60 Prozent im krassen Widerspruch steht zu der Behauptung, die Kaufkraft der »Ost-Mark« sei geringer gewesen als die der D-Mark und der Währungsumtausch mithin für die Ostdeutschen ein »Schnäppchen« zum »halben Preis« (S. 230). Es hat nicht den Anschein, als verfolge der Autor hier die Absicht, aufhellend zu wirken. Eher sieht es so aus, als sollten Tatsachen »vernebelt« werden. Und dies trotz »südlicher Sonne auf den griechischen Inseln Paros und Karpathos« (S. 252), den Orten der Niederschrift dieses Aufklärungsbuches.

ULRICH BUSCH

Verlagsanschrift – Gauke-Verlag GmbH,
Fachverlag für Sozialökonomie; Postfach
1320, 24319 Lütjenburg

Tobias Debiel/Franz Nuscheler (Hg.):
Der neue Interventionismus.
Humanitäre Einmischung zwischen
Anspruch und Wirklichkeit.
EINE Welt – Texte der Stiftung
Entwicklung und Frieden. Bd. 1,
Verlag J.H.W. Dietz Nachfolger
Bonn 1996, 287 S. (24,80 DM)

Als im März 1997 Albanien in Chaos und Bürgerkrieg zu versinken drohte, da erscholl in der westeuropäischen und deutschen Öffentlichkeit wieder der Ruf nach einer Intervention. Selbst der Wahlbertrugspräsident Berisha, als Antikommunist bis dato vom Westen gestützt, rief nach fremden Truppen. Ex-Jugoslawien schreibt mittlerweile eine ganze Geschichte halbherziger Interventionen, die inzwischen einen unsicheren Frieden erzwingen. In den unübersichtlichen Zeiten nach dem Ende der Blockteilung scheint für Regierungen wie Opposition, auch in Deutschland, der Griff zur militärischen Trumpfkarte immer leichter zu fallen. Und die Linke ist selbst unentschlossen. Da ist ein Sammelband hilfreich, den die überparteiliche Stiftung Entwicklung und Frieden herausgibt. Die auf Initiative von Willy Brandt gegründete Stiftung führt Persönlichkeiten aus Politik, Gesellschaft, Wirtschaft und Wissenschaft zusammen, die sich einer globalen Verantwortung verpflichtet fühlen. Ihren Gremien gehören Johannes Rau, Manfred Stolpe, Elmar Pieroth, Irmgard Schwaetzer, Dieter Senghaas, Kurt Biedenkopf u.a. an.

Heute wird eine »Politik der Einmischung« favorisiert, in der »humanitärer Interventionismus« ... nicht nur Souveränitätsrechte verletzt, sondern Gutes mit einem Übel zu bewirken versucht: nämlich mit militärischer Gewalt Menschenrechte zu schützen und Frieden zu schaffen« (S. 9). Das scheint nach dem Ende des Ost-West-Konflikts relativ problemlos möglich, wie überhaupt Gewalt in der heutigen Zeit wieder machbar zu sein schien. Debiel/Nuscheler beobachten einen Wandel vom *homo oeconomicus*, der auch die Kriegsrisiken nüchtern abzuwägen suchte, hin zum *homo ambitiosus*: »Politische Eliten instrumentalisieren ethnische Identitätsbezüge, sie

mobilisieren ethno-nationale oder ethno-regionale Loyalitäten für eigene Machtambitionen – und nehmen dabei auch eine Konflikteskalation bis hin zum Krieg in Kauf.« (S. 13)

Die Konfliktfolgen sind verheerend. Ganz zu schweigen von den Toten und Verwundenen, flohen allein 1995 27,4 Millionen Menschen ins Ausland, 30 Millionen waren Vertriebene im eigenen Land, 40 Millionen von internationaler Hilfe abhängig. Dabei provozieren oder verstärken diese Flüchtlingsströme selbst wieder soziale Konflikte.

Vor diesem Hintergrund hat sich seit Beginn der neunziger Jahre der Interventionismus etabliert: Die globalisierten Massenmedien alarmieren die Weltöffentlichkeit; das Völker- und Kriegsrecht wird mehr und mehr mißachtet; militärische Eingriffe sind nach der Blockkonfrontation risikoärmer; zudem keimte besonders zu Beginn der neunziger Jahre eine »Hoffnung auf einen neuen Multilateralismus im UN-Rahmen« (S.19/20).

In ihrer Analyse verweisen Debiel/Nuscher auf die bestimmenden Denkmodelle für den neuen Interventionismus. Generell werde »der zunehmenden Interdependenz zwischen innen- und zwischenstaatlichen Sicherheitsrisiken ... nicht genügend Rechnung« getragen. Entweder erfolgt ein »Rückfall in ein nicht-hinterfragtes Souveränitätskonzept oder aber (man) redet einer Renaissance unkontrollierter Macht und Gewalt als Mittel in den internationalen Beziehungen das Wort«. Aber auch die gegen diesen »Realismus« gesetzte »idealistische Idee eines universellen Gewaltmonopols« bleibt umstritten.(S. 22/23). Die von den Herausgebern sowie ausländischen Autoren wie P.R. Chari und Mariano Aguirre/José Antonio Sanahuja analysierten »Fälle militärischer Intervention zum tatsächlichen oder vermeintlichen Schutz von Menschen in Not und Unfreiheit« belegen eher die Ineffektivität und Problematik solcher Einsätze als ihren Sinn. Das betrifft die Schutzzone für die Kurden in Nordirak, die Interventionen in Somalia, Ex-Jugoslawien, Ruanda und Haiti, aber ebenso indische Aktionen in Asien. Eine dauerhafte Lösung der inneren Konflikte erfolgte nicht, die Lage verschlechterte und komplizierte sich oft weiter, die Entschlossenheit der handelnden Mächte war begrenzt.

Die Positionen im Sammelband fallen kon-

trär aus. Thomas G. Weiss plädiert für einen »beherzten Interventionismus«, weil »humanitäre Interventionen« zumindest »einen notwendigen, wenn auch unzureichenden allerletzten Versuch darstellen, genügend Freiraum für die Rückkehr regionaler Stabilität und Ordnung zu schaffen« (S. 71). Jochen Hippler sieht, daß sich »die Interessen von Staaten, Regierungen oder Staatengruppen ... regelmäßig als entscheidender für die Durchführung oder Nichtdurchführung von Interventionen als humanitäre Fragen« erweisen (S. 91). Selbst die ausführliche Ausarbeitung der ethischen Ansprüche an »humanitäre Interventionen«, wie sie Hajo Schmidt in seinem Beitrag versucht, lösen diese Interessenproblematik nicht auf.

In diesem Zusammenhang sind auch die aufgenommenen Beiträge zu den Problemen zivilen »Interventionismus« – so von Antonio Donini, Alex de Waal/Rakiya Omaar und Enoch O. Opondo bemerkenswert. Ihre Untersuchungen zielen teilweise sehr nachdrücklich auf die Erkenntnis, daß UN-Hilfswerke und private Hilfsorganisationen eher das Selbstbestimmungsrecht und die Handlungsfähigkeit der unterstützten Völker begrenzen und zerstören, als ihnen helfen.

Wenn auch die Herausgeber und Hippler davon ausgehen, daß das Konzept der humanitären Intervention angesichts der praktischen Erfolglosigkeit, der Kosten und der Probleme in der Öffentlichkeit der Interventionsmächte (USA und Somalia als Beispiel) im Rückzug begriffen sei, so stehen für die weitere Diskussion alternativer Sicherheitspolitik aus meiner Sicht unverändert offene Fragen.

Erstens werden im Einzelfall Chaos und Bürgerkrieg auch künftig mit polizeilichen und militärischen Mitteln, wie durch rigorose Sanktionen und Blockaden seitens der Völkergemeinschaft beendet werden müssen.

Zweitens steht damit aber die Frage, wer bestimmt, ob Menschenrechte verletzt werden, welche Menschenrechte hierfür herangezogen werden – besonders die sozialen Menschenrechte werden trotz ihrer Verankerung in den UN-Dokumenten gern ausgeklammert.

Drittens, wer entscheidet über solche Einsätze? Zweifellos kann es nur ein internationales Gremium sein – die UNO oder die OSZE bieten sich an –, in der alle Staaten ver-

treten und gleichberechtigt, ohne Vorherrschaft, diese Entscheidung fällen.

Viertens ist zu entscheiden, wer interveniert. Truppen einzelner Staaten oder Militärblocke teilen faktisch ihre Loyalität zwischen Entsendeorganisation und Entsendestaat, der aber hat allein durch Bewilligung oder Kürzung von Mitteln unmittelbar Einfluß.

Fünftens die Frage, wie militärische Intervention und integrierte zivile Aktivitäten gemeinsam die Lage vor Ort verändern. Gerade hier wäre eine stärkere Orientierung auf einen eher polizeilichen Charakter der Missionen und kooperative Aktivitäten eines »Friedenskorps« mit den Strukturen vor Ort entscheidend.

Der *homo ambitiosus* ist keineswegs ein Problem allein der neuen Staaten und Völkernschaften. Die Mächte des Westens, gerade auch die Bundesrepublik, verkörpern diesen Typus nur zu gut.

STEFAN BOLLINGER

Ursula Hermann (Hrsg.):
August und Julie Bebel.
Briefe einer Ehe,
Verlag J.H.W. Dietz Nachfolger
Bonn 1997, 659 S.

Die von Ursula Hermann vorgelegten 168 Briefe zwischen den Eheleuten, denen in einem Anhang fünf Briefe Julie Bebels an Friedrich Engels, ein Brief an Natalie Liebknecht und fünf Brieffragmente aus dem ehelichen Briefwechsel hinzugefügt wurden, sind mit vielen Anmerkungen zu den zahlreichen darin erwähnten Personen und Ereignissen versehen. Diese mühevoll ermittelten Informationen ermöglichen heutigen LeserInnen, Zusammenhänge, auf die in den Briefen nicht eingegangen wird, zu verstehen. Der hier publizierte Briefwechsel zwischen August Bebel und seiner Frau ist keineswegs vollständig. Vor allem sind die meisten Briefe von Julie an August bisher nicht wieder aufgefunden worden. Lediglich 49 ihrer Briefe an August sind in dem Band enthalten, während 119 aus seiner Feder stammen. Diese Briefe sind aus verschiedenen Gründen eine spannende Lektüre.

Während ihrer vierundvierzig Jahre – bis zu Julies Tod 1910 – währenden Ehe hatten die

Eheleute Bebel viel Gelegenheit, einander Briefe zu schreiben, da die Umstände sie häufig trennten. Bereits vier Jahre nach der Eheschließung wurde August des Hochverrats angeklagt und verbrachte ein Vierteljahr (17. Dezember 1870 bis 28. März 1871) in Untersuchungshaft, gefolgt von zwei Jahren Festungshaft auf der Hubertusburg und weiteren neun Monaten im Gefängnis wegen Majestätsbeleidigung. Nur vom April 1875 bis November 1877 befand er sich in Freiheit, dann brachte ihn seine parlamentarische Agitation gegen den Militarismus erneut sechs Monate ins Gefängnis. Als 1878 das »Gesetz gegen die gemeingefährlichen Bestrebungen der Sozialdemokratie« in Kraft trat, wurde Bebel, der seit Gründung der Sozialdemokratischen Arbeiterpartei 1869 stets zur Führungsspitze der Partei gehörte, 1881 aus Leipzig ausgewiesen. 1882/83 verbrachte er weitere vier Monate die Bezirksgefängnis Leipzig. Bis 1884 mußte er von der Familie getrennt leben. Wegen Teilnahme am illegalen Parteikongreß in Kopenhagen wanderte Bebel 1886/7 für weitere neun Monate in die Landesgefängenenanstalt Zwickau. Nach der Aufhebung des Sozialistengesetzes 1890 war August Bebel durch Geschäftsreisen, Teilnahme an Parteitagen und in anderen Parteizusammenhängen auch sehr häufig unterwegs.

Auf der Arbeitertochter Julie Bebel geb. Otto lasteten nicht nur der Haushalt, die Sorge für die häufig unpäßliche und psychisch wenig belastbare Tochter Bertha Friederike (1869-1948) und die Bebelsche Drechslerwerkstatt, die den Unterhalt der Familie gewährleistete. Sie, die nur ein paar Jahre die Volksschule besucht hatte, war ihres Mannes Sekretärin, die seine politischen Aufträge erfüllte, ihn mit den von ihm gewünschten Büchern, mit Kleidung und anderem versorgte, die Briefe an die Genossen schrieb, die die einen finanziell unterstützte, anderen Nachrichten und Weisungen von ihm übermittelte.

Julie Bebel war gewiß keine marxistische Theoretikerin und im Briefwechsel der Eheleute werden weder theoretische noch parteistrategische Fragen diskutiert. Ebensovienig war sie eine Feministin, den frauenrechtlichen Ansichten von Gräfin Gertrud Guillaume-Schack stand sie reserviert gegenüber (S. 505), wenngleich sie gelegentlich Frauenver-

sammlungen besuchte (S. 219f). Aus Briefen von Rosa Luxemburg ahnt man, daß die führenden Parteifrauen keinen rechten Zugang zu ihr fanden und sie wohl erst nach ihrem Tode würdigten¹. Seine Autobiographie *Aus meinem Leben*, die sein Leben und das der Arbeiterbewegung von seinem Eintreten in diese bis zum Vorabend des Sozialistengesetzes behandelt und in Julies Todesjahr, bzw. drei Jahre vor Augusts Tode erstmals erschien, widmet Bebel seiner Frau. Im Kapitel »Persönliches« würdigt er sie wie folgt: »Ich habe meine Ehe nie zu bereuen gehabt. Eine liebevollere, hingebendere, allezeit opferbereitere Frau hätte ich nicht finden können«².

Es ist Ursula Hermann zuzustimmen, wenn sie schreibt, daß diese Briefe, indem sie »Julie Bebel aus ihrem Schattendasein« heraustreten lassen (S. 22), ein Beitrag zur bisher ungeschriebenen Geschichte der Frauen in der deutschen Arbeiterbewegung sind. Ihre Briefe zeigen, daß sie eine durchaus unabhängige denkende und handelnde Frau war, die sich auch von ihrem geliebten und geachteten Mann nicht den Mund verbieten ließ. An verschiedenen Stellen des Briefwechsels widerspricht sie ihm. Dabei geht es in der Regel um ihre vom praktischen Verstand diktierten Einschätzungen von Personen oder Vorhaben. So bewertet sie eine Rede von Paul Singer zur Begründung der Ablehnung der Vorlage über die Friedensstärke des deutschen Heeres durch seine Fraktion als »ganz gut, wenn sie auch schärfer hätte sein können, und viel war es auch nicht, was allerdings auch kein Fehler ist« (S. 399). Als August ihr vorwirft, sie sei »etwas sehr zerfahren« (S. 366), entgegnet sie prompt und unbußfertig, sie wundere sich, daß er so schnell vergessen habe, »wie größtenteils unsere Situation mitunter ist, und daß ich fast nie einen Brief an Dich ungestört schreiben kann« (S. 371f). Und in der Tat, die Briefe weisen sie als eine außerordentlich vitale Frau aus, die tagtäglich ein riesiges Arbeitspensum bewältigt. Da sie mit allen nicht in Haft befindlichen sozialdemokratischen Aktivisten engen Kontakt hat, kann sie sachkundig mit August u.a. über Mandatsangelegenheiten diskutieren und seine Auffassungen, die sie teilt, den Betroffenen kompetent vermitteln. (S. 387-392) Ihre politische Loyalität der Partei und ihrem Mann gegen-

über steht außer Zweifel. Bebels Verurteilung wegen »Geheimbündelei« im August 1886 »übersteigt an Gemeinheit alles bisher Dagewesene und zeigt aber, wie es nur gemacht war, um euch einen Schlag zu versetzen, umso mehr, da Du dabei warst«, schreibt sie ihm am 5. August 1886.

Sie beschafft private Lehrkräfte für Friederike, da Frauen in Deutschland damals nicht an Universitäten zugelassen wurden, liest und diskutiert künstlerische und politische Bücher mit der Tochter, zu denen sie sich gelegentlich in ihren Briefen kritisch äußert. Sie gehen ins Theater, oft zu sehr populären Stücken, und wandern (S. 442). Auch August, der ein höchst engagierter Vater war, nahm stets ein reges Interesse am körperlichen (S. 58, 61) und geistigen (S. 84, 142, 204) Wohlergehen sowie der Bildung seiner Tochter (S. 144 u.v.a.). Über den Schatten zeitgenössischer Prüderie konnte auch er nicht springen. So war es ihm nicht recht, daß die damals immerhin 18jährige Friederike Ibsens *Gespenster* las (S. 385).

In einem ungewöhnlich langen Brief schreibt Julie am 17. April 1887 ihrem Mann ins Gefängnis, daß sie »trotz manchmal gegenteiliger Äußerungen« am Leben hänge. »Das macht, weil ich glücklich bin, im Besitz eines so guten Mannes und Kindes...Und habe nur den einen Wunsch, daß wir nicht soviel getrennt leben müssen. Die reine Ironie des Schicksals: Manche Menschen möchten getrennt sein, und die es nicht sein möchten, werden gewaltsam getrennt.« (S. 442).

Mit einem Verzeichnis der in den Briefen genannten Schriften, Aufsätze und Periodika und mit einem Personenverzeichnis versehen, spiegelt der Briefwechsel, die akribische Arbeitsweise und lange editorische Erfahrung seiner Herausgeberin wider.

HANNA BEHREND

1 Rosa Luxemburg forderte Leo Jogiches auf, »unbedingt eine Notiz über den Tod von Bebels Frau (zu) bringen. Sie empfiehlt, Luise Kautskys Artikel über Julie Bebel im Vorwärts vom 27. November 1910 dazu zu verwenden, in: Rosa Luxemburg, *Gesammelte Briefe*, Dietz Verlag Berlin 1984, Bd.3, S. 267f.

2 August Bebel: *Aus meinem Leben*, in: August Bebel: *Ausgewählte Reden und Schriften* Bd.6, Verlag J.H.W. Dietz Nachf. Berlin 1983, S. 139.

Werner Rügemer:
 Wirtschaft ohne Korruption?
 Fischer Taschenbuch Verlag
 Frankfurt/M. 1996, 265 S.
 (18,90 DM)

Daß der Profit so lange zu niedrig ist, wie nicht alle verfügbaren Faktoren zu seiner Erhöhung wirksam gemacht wurden, ist eine marktwirtschaftliche Binsenweisheit. Dies bedeutet jedoch keineswegs, daß es sich bei den jeweils nutzbaren Faktoren ausschließlich um legale handelt. Vielmehr ist die Vermischung von legalen und illegalen Formen der Profitsteigerung in Marktwirtschaften systemimmanent. Für die Akteure kommt es lediglich auf die Ergebnisse einer Folgenabschätzung an, die die angedrohten Strafen gegen die möglichen Gewinne aufrechnet. Ergibt sich aus der Abwägung von potentiellen Vor- und Nachteilen, daß die Gefahren einer Bestrafung gering sind oder im Falle der Entdeckung noch nachträglich reduziert werden können, so drängt sich die Anwendung illegaler Mittel der Profit- bzw. Einkommenserhöhung den Wirtschaftsakteuren, die zueinander in Konkurrenz stehen, als Notwendigkeit auf. Wer nicht selbst aktiv wird, der wird durch möglicherweise skrupellose Konkurrenzten schmerzlich eines besseren belehrt.

Es verwundert daher kaum, daß gerade bei der Nutzung eines der naheliegendsten Instrumente der Gewinnsteigerung – der Korruption – »so gut wie kein Unrechtsbewußtsein« (S. 115) bei den Unternehmen zu erkennen ist. Dies rührt nicht zuletzt aus einer eigenartigen Besonderheit der Korruption. Beim eigentlichen Bestechungsakt gibt es nämlich nur Gewinner – der Korruptierte kassiert oft sofort und in bar (d.h. an der Steuer vorbei) und der Korruptierende kassiert über die so erlangten Aufträge, über Monopolpreise u.ä. später und in der Regel sehr viel länger. »Der Sinn der schweren und systematischen Korruption liegt also nicht in der Erlangung einzelner Aufträge, sondern in der Sicherung eines dauerhaften Zusatz- oder Monopolprofits. Mit ihm wird die Betriebsausgabe Schmiergeld um ein Mehrfaches wieder hereingeholt« (S. 81). Die eigentlichen Geschädigten bleiben zunächst im dunkeln und können sich kaum wirksam zur Wehr setzen.

Korruption ist nicht nur ein »nebulöser Be-

griff« (S. 17), sondern bei genauerem Hinsehen auch ein reichlich nebulöser Straftatbestand, der – soweit er überhaupt vom Strafrecht erfaßt wird – »in der Praxis nur sehr eingeschränkt bis gar nicht verfolgt wird« (S. 60). Mehr noch, seit 1934 werden in Deutschland Schmiergelder als steuerlich abzugsfähige Betriebskosten anerkannt – eine bemerkenswerte Regelung, die auch durch die Änderungen im Jahressteuergesetz 1996 nur weitgehend wirkungslos eingeschränkt worden ist (vgl. S. 61f.). Die wenigen Fälle, die hin und wieder der Öffentlichkeit zur Kenntnis gelangen und zu wahren Stürmen der Entrüstung in der Boulevard-Presse und in den oberen Rängen der Politik führen, sind bestenfalls die Spitze eines Eisberges, dessen unter Wasser liegender Teil gerade auch mit Hilfe von Politik und Justiz im verborgenen gehalten wird.

Der große Vorzug des vorliegenden Buches besteht darin, daß es nicht der verlockenden Schilderung spektakulärer Einzelfälle erliegt – obwohl auch hier der Leser durchaus auf seine Kosten kommt –, sondern versucht, dem Phänomen systematisch nachzugehen und vor allem die Schäden und Geschädigten von Korruption zu benennen. Den Ausgangspunkt bildet hier nicht etwa die Abhandlung von »traditionell korrupten Milieus« irgendwo im Ausland, vorzuzugshalber in der »Dritten Welt«, sondern eine Fallstudie zu den Mechanismen der Korruption ausgerechnet in Deutschland. Dabei wird mit einigen Verharmlosungs- und Entschuldigungsfloskeln von Politik und Unternehmertum gründlich aufgeräumt. Zunächst ist Korruption keineswegs, wie immer wieder beteuert wird, der Ausnahmefall, sondern die Regel. Es sind vor allem die entwickelten Industrieländer, die eine »Kultur der Korruption« globalisieren. Dabei stellen »die neuen Bundesländer ... den historisch einmaligen Fall eines in kürzester Zeit vollzogenen Exports einer Korruptionskultur dar... Die alten (relativ harmlosen) Korruptionsformen der sozialistischen DDR wurden nahezu ersatzlos ausgetauscht« und von »zum Teil ... vereinfachten, gesteigerten, sozusagen kruden westlichen Korruptionsformen« (S. 27f.) ersetzt. Nachfolgend wendet sich der Autor einer Form der Korruption zu, die nahezu völlig außerhalb des Blickfeldes der Strafverfolgung liegt – der Bestechung zwischen den

Unternehmen. Während bei der Vorteilsnahme von Staatsdienern das strafrechtlich geschützte »Ansehen des Staates« beschädigt wird und die Strafverfolgung hier noch vergleichsweise intensiv ist, wird Korruption zwischen Unternehmen nicht strafrechtlich verfolgt. Die Gesamtwirkung ist jedoch keineswegs unbedeutend. »Wenn man die kumulativen Effekte der nationalen und internationalen, der privat-öffentlichen und der privat-privaten Korruption zugrunde legt, ist eine durchschnittliche Überteuerung der Marktpreise im Inland um 20 Prozent nicht unwahrscheinlich« (S. 83). Rügemer zeigt ausführlich und mit einem ausgezeichneten Blick für die wesentlichen Details, wie die verschiedenen Ebenen – nicht zuletzt auch Unternehmen, Politik und Justiz, Kontrolleinrichtungen, Sonderregelungen für Bestechung im Ausland, Schmiergeldvermittlung als Beruf usw. – ineinandergreifen und schließlich die »Schäden der Korruption« hervorbringen. Dazu zählt er nicht nur überhöhte Preise, vielmehr auch Arbeitsplatzvernichtung, Umwelt- und Gesundheitsgefährdungen sowie Entwicklungs- und Innovationsblockaden. Ein bemerkenswert kurzer Abschnitt befaßt sich mit den Gewinnern der Korruption (nur ca. 50 Zeilen). Im Zentrum stehen hier die im Verhältnis zur Anzahl der Geschädigten wenigen Nutznießer – die großen Unternehmen. »Vorstands- und Aufsichtsratsmitglieder, Aktionäre und Anteilseigner, in indirektem Sinne vielleicht auch die jeweiligen Beschäftigten, profitieren von der Korruption« (S. 96). Daß die Gewinner gewinnen, liegt nicht zuletzt an den politischen Rahmenbedingungen, denen sich der Autor am Ende seiner »Fallstudie Deutschland« zuwendet. Hier geht es ihm nicht nur um die Kennzeichnung spezifischer korruptiver Milieus wie dem »Korruptionstyp Bayern«, für den eine Doppelmoral in der engen »Verbindung zwischen Korruption und Kreuzifix« (S. 104f.) charakteristisch ist, sondern um die Aufhellung systemischer Zusammenhänge – z.B. die rechtsfreie Wirtschaft, die Straffreiheit von Abgeordneten, die gleichzeitig in einer Vielzahl von wichtigen Entscheidungsgremien der Wirtschaft Sitz und Stimme haben, und vor allem den »schlanken Staat«, der »nicht einfach ein personell abgespeckter und effizient arbeitender

Staat« ist, sondern »wegen der Diskrepanz zwischen geringer Kompetenz und großen Aufgaben, zwischen verzopften Vorschriften und eigentlich klaren Vorgaben anfällig für offenen und geheimen Druck, also auch für Korruption« (S. 114) ist.

Im *zweiten Teil*, der sich mit »Korruption im globalen Markt« anhand von Länderprofilen beschäftigt, verweist der Autor zunächst die »Vorstellung eines korrupten Landes« in das Reich der Fiktion. Allerdings erhärtet er hier nicht nur die vorher am deutschen Beispiel erarbeiteten Aussagen durch einen Vergleich mit den USA und Frankreich, er weicht seine Position auch wieder auf, indem er »schwere und systemische Korruption«, die vorher als durchaus typisch für Industrieländer konstatiert wurde, nun mit genau den Merkmalen in Verbindung bringt, die immer wieder gern von Politik und Wirtschaft ins Feld geführt werden, um mit erhobenem Zeigefinger auf die ach so schlimmen anderen zu verweisen – »die Identität von staatlicher und unternehmerischer Tätigkeit, die politische Außerkraftsetzung des Marktes, die Abwesenheit von Rechtsstaat und ziviler Gesellschaft, das korruptive Verhalten ausländischer Unternehmen und Regierungen« (S. 166). Korruption dient in der »Dritten Welt« wie in der »Ersten Welt« genau demselben Zweck, der sowohl mit marktwirtschaftlichen als auch mit »antediluvianischen« Formen der Ausbeutung verbunden sein kann – als System zur Sicherung der übermäßigen politischen und ökonomischen Einflußnahme der Vermögenden, als »geschlossenes, heimliches System der Privilegiensicherung« (S. 198).

Im *abschließenden Kapitel* geht es Rügemer um »Kontrolle und Bekämpfung der Korruption«. Und hier kommt nun der in Marktwirtschaften alles beherrschende Kostenfaktor von der anderen Seite her ins Spiel. Galten die Ausgaben für Bestechung auf seiten der Unternehmer vor allem als Kapitalanlagen, für deren außergewöhnlich hohe Verwertung die Allgemeinheit zur Kasse gebeten wird, so erscheinen die gegen derartige »Investitionen« anwendbaren Maßnahmen als reine gesellschaftliche Kosten, die lediglich solche gemeinschaftlichen Werte wie die Wahrung der Chancengleichheit und eine gleichmäßigere Verteilung von Einkommen und Einfluß

sichern sollen. Der »Normal«-Bürger trägt in der Regel beides, die Folgekosten der Korruption und die Kosten der Korruptionsbekämpfung. Wie nun kapitalistische Systeme insgesamt keineswegs zu Gleichverteilung und wirtschaftlichem Gleichgewicht tendieren und das Wirken staatlich-ziviler Institutionen lediglich eine destabilisierende Zunahme von Ungleichgewichten verhindern soll, so kann auch die Bekämpfung der Korruption – schon aus Kostengründen – nicht ins Extrem gesteigert werden. Das heißt, Marktwirtschaften ohne Korruption sind illusionär. Und Rügemer beschränkt sich daher auf die Erörterung eines »optimalen Grades der Korruption« – wobei das Wort »optimal« hier reichlich Raum für hintergründige Überlegungen läßt, die vom Autor aber selbst nur eher am Rande angedeutet werden. Obwohl dadurch die Pfähle, die von ihm vorn eingeschlagen wurden, im nachhinein wieder gelockert werden, entschließt er sich nun doch zu einer differenzierten Sicht. »Es gibt Formen der Korruption, die nicht bekämpft werden können, und solche, bei denen es sich gar nicht lohnt, aber auch solche, die legitim sind« (S. 216). Unter den letztgenannten verweist er auf die »Überlebenskorruption«, die vor allem dann legitim ist, »wenn sich der Schwächere oder Bedrohte gegenüber dem Stärkeren nur mit Hilfe von Bestechung oder Bestechlichkeit sein Menschenrecht auf Leben, Arbeitsplatz und Menschenwürde sichern kann, und dies nicht auf Kosten eines Dritten geschieht« (S. 216f.). Hier zeigt sich nun (wiederholt) das eigentliche Problem – Korruption, wenn sie rein »technisch« schlicht als Bestechung oder Vorteilsnahme bestimmt wird, bleibt ein nebulöses Phänomen und als solches entzieht es sich einer konsequenten theoriegestützten Untersuchung und politisch-rechtlichen Bekämpfung. Die ausgesprochen anregende Lektüre des vorliegenden Buches macht deshalb auch deutlich, daß die Bekämpfung korruptiver Praktiken in Politik und Wirtschaft gerade unter dem Fehlen einer trennscharfen – auch begrifflichen – Unterscheidung legaler, legalisierter und illegaler Korruptionsformen leidet, weil dadurch immer wieder Schlupflöcher eröffnet werden und, wohl auch bewußt, offengehalten werden sollen.

ARNDT HOPFMANN

Herbert Schui/ Eckart Spoo (Hrsg.):
Geld ist genug da. Reichtum in
Deutschland.

Unter Mitarbeit von Rainer Butenschön, Friedrich Heckmann und Heinz in der Wiesche,
Distel Verlag Heilbronn 1996,
247 S., (Distel Hefte – Beiträge zur
politischen Bildung Band 30)
(28,00 DM)

Kaum etwas wird in unserer Gesellschaft so diskret behandelt wie der Reichtum, der im Gegensatz zur »weiblichen« Armut nicht nur grammatikalisch männlich ist (Andrea Weichert, S. 141-153). Während – gegen nicht geringe Widerstände – inzwischen sozialwissenschaftlich und politisch über Armut diskutiert wird und zumindest auf die Einkommensarmut ein vergleichsweise guter Zugriff besteht, sehen sich »Reichtumsforscher« vor erhebliche Zugriffsprobleme gestellt. Während den Armen, so sie es wollten, kaum Chancen zur Verschleierung ihrer Lebenslage zu Gebote stehen, bedeutet Reichtum im Kapitalismus zugleich gesellschaftliche Macht, politischen Einfluß und damit viele Möglichkeiten, Vermögens- und Einkommenssituation zu verstecken. »Wer sind die Reichsten im ganzen Land? Die ... amtliche Statistik gibt keine Antwort auf diese Frage. Sie enthält keine Angaben über die Zahl der Millionäre und Milliardäre. Die Superreichen scheuen das Licht der Öffentlichkeit.« (S. 237)

Dies ist um so besser möglich, wie mehrere Autoren des Sammelbandes »Geld ist genug da« ausführen, weil auch Geld und Medien eine – wie man am italienischen Beispiel Berlusconi eindrucksvoll studieren kann – demokratiegefährdende Verbindung eingehen können. So findet es Otto Köhler rückblickend geradezu idyllisch, wenn Paul Sethe 1955 Pressefreiheit als die »Freiheit von zweihundert reichen Leuten, ihre Meinung zu verbreiten« definierte. Heute, so Köhler, der seine Auffassung am »System Metro/ Kirch« exemplifiziert, seien aus den 200 allenfalls noch 20 Reiche geworden, die die herrschende Meinung bilden. (S. 128)

Besagtes System Metro/ Kirch, eine »Symbiose von gigantischen Handelsunternehmen mit kommerziellen Fernsehstationen, ist das System der Zukunft. Das Werbefernsehen einschließlich seines redaktionellen Umfeldes weckt die richtigen Konsumwünsche. Das Handelsunternehmen Metro erfüllt sie und zwingt seine Lieferanten zugleich, mit Werbeaufträgen die Kirch- und Metrosender zu finanzieren.« (S. 133) Daß der derzeitige Bundeskanzler mit Medienzar Kirch befreundet ist, wirkt unterstützend, ist aber für das Funktionieren der Meinungsmanipulation nicht erforderlich.

Der hier zitierte Aufsatz ist einer von rund dreißig Beiträgen eines Kongresses, die die Herausgeber für die Buchveröffentlichung ausgewählt haben. Bei dem Kongreß handelt es sich um den »Sozialpolitischen Ratschlag über Reichtum in Deutschland«, der im November 1995 in Hamburg mit dem Ziel stattfand, den eingangs erwähnten Nebel über der bundesdeutschen Reichtumslandschaft etwas zu lichten.

So begrüßenswert dieses Ziel mir scheint, so unterschiedlich erhellend wirken die abgedruckten Referate. Wie häufig bei Tagungsbänden sind die Beiträge sowohl vom Umfang als vom Anspruch wie der (wissenschaftlichen, publizistischen) Qualität recht differenziert zu bewerten, wobei im folgenden eher die – nicht in der Minderheit befindlichen – besonders lesenswerten Beiträge hervorgehoben werden.

Positiv ist dabei zunächst auf die editorische Arbeit einzugehen. Die Herausgeber haben den Band überzeugend in fünf Kapitel gegliedert. »Wie die Reichen reicher werden« (S. 13-S. 69) – auf diese Frage geht zunächst einer der Pioniere der Reichtumsforschung, Ernst-Ullrich Huster, ein. Huster, über die Armutsforschung zu seinem Thema gekommen, beschreibt die Veränderungen in der Lebenslage, wenn eine bestimmte Reichtumsgrenze überschritten wird. Wenn ab einem monatlichen Einkommen etwa von 10.000 DM nur noch relativ geringe Einkommensanteile für die Lebenshaltung benötigt werden, wächst die ökonomische Freiheit – mit Brecht ausgedrückt: »Nur wer im Wohlstand lebt, lebt angenehm«. So betrachtet, ist »Reichtum« ebenso wie Armut eine Massen-erschei-

nung, folgerichtig stellt Huster die Frage: Wieviel Abstand zwischen Arm und Reich verträgt die Gesellschaft?

Weitere Beiträge zum *ersten* Kapitel: Stefan Welzk und Rainer Roth untersuchen in ihren Aufsätzen die steuerpolitische Reichtumsproduktion, Klaus Steinitz erläutert, wie an der deutschen Vereinigung verdient werde und Hans See geht darauf ein, daß es neben den legalen (nicht legitimen) Möglichkeiten für die Reichen, noch reicher zu werden, auch wirtschaftskriminelle Bereicherung gibt.

Das *zweite* Kapitel »Wie das Kapital zusammenwächst und seine Macht erweitert« (S. 70-102) wird mit einem kurzen Überblick von Jörg Huffs Schmid zu aktuellen Tendenzen der Kapitalkonzentration eingeleitet: »Die marktradikale Deregulierungspolitik ... hat zu neuer unkontrollierbarer Zusammenballung privater Wirtschaftsmacht geführt, deren Einfluß demokratische Willensbildungsprozesse ... unterlaufen kann.« (S. 78) Dagegen müßten internationale Kontrollinstitutionen wirksam werden, die auch Fred Schmid gegen die grassierenden internationalen Finanzspekulationen fordert.

Dem *dritten* Kapitel »Wie die Kapitalmacht auf die Köpfe wirkt« (S. 103-157) ist der angesprochene Beitrag von Otto Köhler zugeordnet. Instrukтив hier auch die Skizze des wirtschafts«wissenschaftlichen« Neoliberalismus, dessen sozialdarwinistisch beeinflusste hochgradige Ideologie- und Demokratiefeindlichkeit Herbert Schui ebenso lesbar darstellt wie, gleichsam en passant, die dagegenstehende keynesianische Theorie. Ohne Illusionen verweist Schui auf den erheblichen Einfluß der Neoliberalen im akademischen Bereich und in der Politik – inzwischen auch in der SPD, der vormals keynesianisch-reformistischen Hochburg par excellence.

Im *vierten* Kapitel »Wie der Sozialstaat ausgebeutet wird« (S. 153-212) gehen die Autoren unter verschiedenen Aspekten den etwas anderen Sozialschmarotzern nach, von denen in den Medien selten zu hören ist. Eberhard Dähne beschreibt am Beispiel von Frankfurt am Main die private Bereicherung im Immobilienbereich durch eine willfähige – auch rot/grüne – Boden- und Baupolitik. (S. 172-179)

Wie das Asylrecht mißbraucht wird, zeigt

Dieter Hummel. Anders als in der veröffentlichten Meinung sind es aber nicht die Flüchtlinge, die Mißbrauch betreiben, sondern skrupellose Unternehmer und willfährige bis igno-rante Behörden, die dies besorgen. Ein Beispiel ist das Betreiben von Flüchtlingslagern, zwischenzeitlich zum öffentlichen Skandal in Niedersachsen geworden. In Leipzig »wurde am Stadtrand ein Lager eingerichtet ... Innerhalb des Zaunes stehen ehemalige DDR-Bauwagen. Betreiber des Lagers ist die G&V Grundstücksverwaltung aus Pirmasens.« Für die dort untergebrachten 300 Flüchtlinge überwies die Stadt Leipzig 1993 monatlich 137.000 DM. »Das ergibt eine Monatsmiete von 456 DM pro Person. Den einzelnen Bewohnern stehen ca. 4,5 qm Fläche zur Verfügung. Das bedeutet einen Quadratmeterpreis von ca. 100 DM pro Monat. Die Investitionen in die Bauwagen betragen pro Wagen 1000 DM.« (S. 182)

Im *fünften* Kapitel schließlich geht es darum, »Wofür wir das Geld brauchen« (S. 193-244). Hier wird der Bogen zur Sozialpolitik geschlagen, eine gesellschaftsintegrierende Verteilung des Reichtums gefordert und – etwa von Joachim Bischoff – Wege dazu angedeutet. Eckart Spoo entfaltet sechs Bereiche, für die Geld benötigt werde: »Beschäftigung; Grundsicherung, höhere Masseneinkommen, höherer Lebensstandard; Umweltschutz; Ausbau des Gemeinwesens; breite Entfaltung der Demokratie; Sicherheit und friedliche Entwicklung.« (S. 217 f.)

Der Band schließt mit der »Hamburger Ermutigung«, die dazu aufruft, den Reichtum seiner Diskretion zu entkleiden. Geredet werden müsse über die Skandale, die mit der Gesellschaftsspaltung verbunden seien, über Verschwendung und Ungerechtigkeit dürfe nicht länger geschwiegen werden. »Denn wenn wir schweigen, machen wir uns mitschuldig an den Verwüstungen, die ein entfesselter Kapitalismus anrichtet, und machen die mutlos, die schlechter leben als wir.« (S. 244)

Einen Anfang dazu haben Autoren und Herausgeber des besprochenen Bandes geleistet. Damit es weitergeht, ist dem Buch die weiteste Verbreitung zu wünschen – besser ein kleines Medium, das wir haben, als die vielen großen, die die anderen haben.

FRIEDHELM WOLSKI-PRENGER